

## Energiewendestopp durch „Netzpaket“ und EEG-Novelle

# Kommunen zahlen den Preis

> Valérie Lange

Zwei Leaks aus dem Bundeswirtschaftsministerium – und die gesamte Erneuerbaren-Branche in Aufruhr. Was aus dem Haus von Katherina Reiche durchsickert, klingt weniger nach Instrumentenkoffer für sinkende Energiekosten als nach Rückspultaste ins fossile Zeitalter. Für die kommunale Ebene geht es um mehr als abstrakte Energiepolitik: Haushaltsstabilität, verlässliche Gewerbesteuer-einnahmen, regionale Aufträge für das Handwerk – und die Frage, ob Kommunen die Energiewende aktiv gestalten oder zum Zaungast werden. Planungssicherheit ist das A und O. Damit Stadtwerke, lokale Unternehmen und Bürger:innen Milliarden in Wind- und Solarparks investieren, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen. Stattdessen lesen sich das Netzpaket und die Erneuerbare-Energien-Novelle wie ein „Flood the zone with shit“-Ansatz: möglichst viele hemmende Instrumente ins Gesetz kippen – Hauptsache, der Bau von erneuerbaren Anlagen wird gebremst.

Zum Netzpaket: Wo liegt das Problem mit den Stromnetzen? Der Ausbau der Erneuerbaren ist stark gewachsen, aber nicht schnell genug, um die Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig haben viele Netzbetreiber den Ausbau verschleppt. Ergebnis: Wir produzieren sauberen Strom, bekommen ihn aber nicht in die Netze. Ja, Netzausbau ist teuer. Aber unverhandelbar. Wer jetzt mit dem Kostenargument hantiert, sollte ehrlich sein: Kosten senkt man nicht durch Blockade, sondern indem man Netze intelligent auslastet, flexibilisiert, digitalisiert.

Zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz: Geplant ist ein Förderstopp für klei-

ne Solaranlagen – praktisch alle Dächer von Ein- und Zweifamilienhäusern. Ausgerechnet die niederschwellige Form, privates Kapital in die Energiewende zu lenken, wird ausgebremst. Wer den Ausbau der Erneuerbaren abwürgt, erzeugt mehr Abhängigkeit und höhere Preise – und genau das schlägt auf die kommunalen Haushalte und die Lebenshaltungskosten der Menschen durch. Die stark gestiegenen Energiepreise durch den Krieg im Iran zeigen, was fossile Abhängigkeit bedeutet.

Das geleckte Duo sorgt für Unsicherheit und hemmt Investitionen. Die Wirtschaftsministerin handelt kurzsichtig und riskant. Lokale Energieprojekte sind für Kommunen ein entscheidender Motor regionaler Wirtschaftskraft. Während externe Investoren oft nur einen kleinen Teil der Wertschöpfung vor Ort lassen, verbleiben bei Bürgerenergieprojekten 60 bis 80 Prozent in der Region. Aufträge gehen an lokale Betriebe, Know-how wächst vor Ort und Einnahmen fließen in die kommunale Kasse.

Wenn auch nur Teile der Leaks umgesetzt werden, leidet zuerst die lokale Wirtschaft und mit ihr die kommunale Handlungsfähigkeit. Eine Wirtschaftsministerin sollte das wissen. Und entsprechend handeln.

> Valérie Lange leitet den Bereich Energiepolitik und Regulierung beim Bündnis Bürgerenergie e.V.



Foto: Phototek